
Vorsitz: Polen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1368. Plenarsitzung)**

1. Datum: Montag, 11. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 15.00 Uhr

Schluss: 16.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter M. Czapliński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE: DER ANGRIFF IN KRAMATORSK
AM 8. APRIL 2022**

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Vereinigtes Königreich (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 5), Schweiz (PC.DEL/556/22 OSCE+), Georgien (Anhang 6), Türkei (Anhang 7), Kanada (Anhang 8), Norwegen (Anhang 9), Lettland (Anhang 10), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PC.GAL/19/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Neuerliches Kriegsverbrechen der ukrainischen Streitkräfte in Kramatorsk am 8. April 2022: Russische Föderation (Anhang 11)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 2

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir bringen erneut unsere Ablehnung des ersten Tagesordnungspunktes zum Ausdruck, den der Vorsitz für die heutige Sondersitzung des Ständigen Rates angekündigt hat. Die russische Seite kann diesen jüngsten Versuch nicht hinnehmen, das vorgeschlagene Thema, das offenkundig konfrontativer Natur ist, einseitig in der Tagesordnung zu verankern, und ist der Ansicht, dass solche Schritte des Vorsitzes im Widerspruch zur Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3) und zu den vom Ministerrat in Porto 2002 genehmigten Leitlinien für die Aktivitäten des amtierenden Vorsitzes, insbesondere Absatz 2 (b), stehen.

Wir fordern den polnischen Vorsitz dringend auf, sich strikt an die von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Verfahren zu halten, diese nicht mehr beliebig auszulegen und faire und niemanden diskriminierende Möglichkeiten für Erörterungen im Ständigen Rat zu schaffen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

bedauerlicherweise bedeutet jede solche Sondersitzung des Ständigen Rates, dass weitere unschuldige Menschen ihr Leben verloren haben sowie weitere Zerstörungen angerichtet und von den russischen Verbrechern weitere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden sind.

Es ist nicht hinnehmbar, dass wir uns außerdem bei jeder dieser Sitzungen skrupellose und unredliche Lügen anhören müssen, mit denen den russischen Kriegsverbrechern ein Persilschein ausgestellt werden soll.

Diesmal ist die Brutalität und Unmenschlichkeit des Angriffs, der Anlass des heutigen Treffens ist, ohne Gleichen.

Am 8. April starben bei einem russischen Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk 59 Menschen, darunter fünf Kinder, und 109 Personen wurden verletzt.

Zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich fast viertausend Zivilistinnen und Zivilisten, vor allem Kinder und Frauen, am Bahnhof und warteten auf ihre Evakuierung, um den befürchteten russischen Gräueltaten zu entgehen.

Die Russen wussten sehr wohl, dass der Bahnhof in Kramatorsk voller Zivilistinnen und Zivilisten war, die ihrer Evakuierung harnten.

Diese Evakuierung war im Voraus angekündigt worden, weil Russland seine Kräfte für einen neuen blutigen Angriff in der Region zusammengezogen hatte.

Trotzdem hat es den Bahnhof mit einer ballistischen Rakete ins Visier genommen. Dieses Gemetzel erfolgte mit Vorsatz.

Lassen Sie mich Präsident Selenskyj zitieren: „Wie das Massaker in Butscha, wie viele andere russische Kriegsverbrechen muss auch der Raketenangriff auf Kramatorsk zu den Anklagepunkten vor dem Tribunal zählen, zu dem es unvermeidlich kommen wird. Die

ganze Welt wird ihre Anstrengungen darauf richten, das Geschehen Minute für Minute aufzuklären: Wer hat was getan? Wer hat welche Befehle erteilt? Woher kam die Rakete, wer transportierte sie, wer erteilte den Befehl, und wie wurde der Angriff koordiniert? Niemand wird sich seiner Verantwortung entziehen können.“ Zitat Ende.

Es liegt auch eine tragische Ironie in dem, was sich zurzeit vor unseren Augen in Kramatorsk abspielt.

Kramatorsk ist eine der Städte in der Region Donezk, in der die russische Aggression im Jahr 2014 begonnen hat.

Vor genau acht Jahren, am 12. April 2014, wurde die Stadt von Russland besetzt. Kramatorsk lebte bis Juli 2014 unter Besatzung.

In dieser Zeit kam es auch zu zahlreichen Fällen der Entführung und Folterung von Zivilpersonen sowie zu Einschüchterungen und Schikanen.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen.

„Angesichts der Intensivierung der Gewalt haben weitere Bewohnerinnen und Bewohner der Region damit begonnen, ihre Heimstätten zu verlassen [...] insbesondere im Raum Slowjansk und Kramatorsk. Viele verweilen noch in ländlichen Gebieten in den östlichen Regionen, da Binnenvertriebene davon berichten, an Kontrollposten schikaniert worden zu sein, wenn der Eindruck entstand, sie wollten die Region verlassen, um Schutz zu suchen.“

Es handelt sich um ein Zitat aus dem Bericht zur Menschenrechtslage in der Ukraine, der im Juni 2014 vom Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte veröffentlicht wurde.

Bereits 2014 wollte die russische „Armee“ also Zivilpersonen als Geiseln festhalten.

Die Russen wollen, dass ein möglichst großer Teil der Zivilbevölkerung vor Ort bleibt, da in den kommenden Tagen mit einem russischen Angriff gerechnet wird.

Sie kämpfen weiterhin gegen Zivilistinnen und Zivilisten. Sie missbrauchen weiterhin humanitäre Korridore. Und sie siedeln weiterhin Zivilpersonen aus den besetzten Gebieten zwangsweise nach Russland um. Nichts hat sich geändert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich auch ein paar Worte zur russischen Propaganda sagen.

Kremlnahe Bloggerinnen und Blogger haben Aufnahmen des – ihrer eigenen Aussage zufolge: russischen – Angriffs auf Kramatorsk und einen angeblichen Sammelpunkt der ukrainischen Streitkräfte veröffentlicht.

Sobald jedoch die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung bekannt wurde, begannen die russischen Staatspropagandistinnen und -propagandisten – genau wie damals

beim Flug 17 der Malaysia Airlines –, die Verantwortung für den Angriff auf die Ukraine abzuwälzen.

Das ist nicht überraschend.

Diese Falschdarstellungen, die die russischen Diplomaten heute wohl wiederholen werden, sind unter aller Kritik.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums behauptet, die Art von Rakete, von der Kramatorsk getroffen wurde, werde von Russland gar nicht verwendet. Doch schon das Fernseharchiv überführt ihn der Lüge.

Das System Totschka-U wurde im Februar 2022 während der bilateralen russisch-belarussischen Militärübung „Entschlossenheit der Union 2022“ abgefeuert.

Außerdem wurde der Einsatz dieser Raketen durch das russische Militär schon früher in der Nähe der Stadt Sumy dokumentiert.

Es ist durchaus möglich, dass die russischen Diplomaten, während sie in diesem Saal Lügen verbreiten, von den russischen Militärs und ihrem eigenen Präsidenten genauso behandelt werden.

Sollte dies der Fall sein, sind wir bereit, den russischen Diplomaten einschlägige Beweise und objektive Informationen zur Verfügung zu stellen.

Was in Kramatorsk geschah, scheint Teil der russischen Militärtaktik zu sein.

In Vorbereitung auf einen neuen Angriff hat Moskau beschlossen, die Eisenbahnverbindung zwischen der Region Donezk und der übrigen Ukraine zu zerstören.

Tage vor dem Angriff auf Kramatorsk berichtete das russische Verteidigungsministerium, dass mehrere Bahnhöfe in der Region Donezk von russischen Truppen angegriffen würden.

Erst gestern Abend wurde Berichten zufolge ein weiterer Bahnhof beschossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

während sich der „Blitzkrieg“ des Kremls in der Ukraine als völliger Misserfolg erweist, erfahren Hysterie und Repression in Russland selbst neuen Auftrieb.

Vor einigen Tagen wurde gegen einen friedlichen Demonstranten eine Geldbuße verhängt, nur, weil er einen Zettel mit einem Zitat in den Händen hielt.

Hier das Zitat: „Der Krieg hat so viele unerträgliche Qualen, so viel Kummer und so viele Tränen über uns gebracht, dass wir es unmöglich vergessen können. Wer auf neue Aggressionen sinnt, für den gibt es weder Vergebung noch Rechtfertigungen.“

Diese Angst vor der öffentlichen Wahrnehmung von Russlands Krieg gegen die Ukraine und der Terror gegen Andersdenkende sind Ausdruck der Paranoia des Kremls.

Denn dieser Mann hat lediglich zitiert, was Putin selbst vor einem knappen Jahr anlässlich des Tags des Sieges gesagt hat.

Doch im gegenwärtigen Kontext wird schon das Zitieren dieser Worte des russischen Präsidenten als Diskreditierung der russischen Armee gesehen.

Zum Teil trifft dies auch zu. Denn es ist Putin, der die Hauptverantwortung für den moralischen Verfall der russischen Soldaten und für die Kriegsverbrechen trägt, die diese in der Ukraine begehen.

Ebenso wie für ihre erheblichen Verluste in der Ukraine, die vor kurzem von seinem persönlichen Sprecher eingeräumt wurden.

Allerdings gestand Peskow unter anderem auch ein, Russland habe „schon vor einem Jahr begonnen, sich auf Sanktionen vorzubereiten“. Mit anderen Worten: Es bereitete sich bereits auf den gegenwärtigen Krieg vor.

Es ist somit höchste Zeit, dass die russischen Diplomaten zugeben, dass sie gelogen haben, als sie behaupteten, Russland werde die Ukraine nicht angreifen, und dass sie aufhören, Russlands Kriegsverbrechen zu beschönigen.

Die russischen Diplomaten dürfen die OSZE nicht länger als Plattform zur Verbreitung von Propaganda und Desinformation nutzen.

Sie diskreditieren die OSZE als Organisation.

Abschließend möchte ich Sie auch noch auf die Ausführungen von Minister Kuleba hinweisen: Zu den Kriegsverbrechen Russlands sei es nicht von heute auf morgen gekommen. Viele Jahre lang hätten die russischen politischen Eliten und die russische Propaganda Hass geschürt, die Ukrainerinnen und Ukrainer entmenschlicht, ein Gefühl der russischen Überlegenheit genährt und damit das Fundament für diese Gräueltaten gelegt.

Die russische Diplomatie ist zu einem der wichtigsten Instrumente der russischen Propaganda und der Entmenschlichung der Ukrainerinnen und Ukrainer geworden.

Das muss uns nachdenklich stimmen. Die Zukunft der OSZE als Organisation hängt davon ab, wie erfolgreich wir mit dem Niedergang Russlands umgehen werden.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender, es ist noch nicht einmal eine Woche her, dass wir uns in unserer letzten Sondersitzung des Ständigen Rates mit den Gräueltaten der russischen Invasionstruppen in Städten wie Irpin und Butscha befasst haben. Und nach dem letzten Ständigen Rat vom Donnerstag sind wir angesichts der Nachrichten aus Kramatorsk nun – verstört und entsetzt – erneut hier versammelt. Zwei Raketenangriffe wurden mitten am Tag auf eine Menschenmenge verübt, Berichten zufolge über tausend Personen, die auf Züge warten, um dem russischen Ansturm zu entkommen. Die Angriffe erfolgten auf einen Bahnhof, dessen Rolle bei dieser Evakuierung weltweite Beachtung fand. Über 50 Menschen, allesamt unschuldige Zivilisten – Frauen, Männer, Kinder –, wurden bei diesem barbarischen Angriff getötet und über 100 verletzt.

Es ist dies ein weiterer grauenerregender Akt in dieser vorsätzlichen und ungerechtfertigten Invasion der Ukraine durch Russland. Ein weiterer Vorfall, bei dem unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten betroffen waren.

Wie mittlerweile nicht anders zu erwarten, ist auch umgehend die russische Desinformationsmaschinerie angesprungen. Die russische Regierung versucht weiterhin vergeblich, uns durch eine Flut von Lügen zu verwirren und von ihren Handlungen abzulenken. Damit war sie in den vergangenen siebeneinhalb Wochen erfolglos, und damit wird sie auch stets erfolglos bleiben.

Herr Vorsitzender, die Welt hält weiter die Augen offen, und wir ergreifen fortgesetzt konkrete Schritte in Reaktion auf den brutalen, ungerechtfertigten und rechtswidrigen Einmarsch Russlands in sein souveränes, demokratisches Nachbarland. Letzte Woche stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Aussetzung der Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Wir erwarten, dass im Bericht nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE eine erste Voruntersuchung mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der Ukraine veröffentlicht wird. Und das ist erst der Anfang.

Eine Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs ist bereits im Gange. Die Ministerien des Vereinigten Königreichs arbeiten eng zusammen, um Beweise für Gräueltaten zu erheben und zusammenzutragen, damit wir zusammen mit internationalen Partnern bei den Ermittlungen behilflich sein können. Diejenigen, die für die in der Ukraine

begangenen Gräueltaten verantwortlich sind, werden zur Rechenschaft gezogen werden. Zurzeit werden Mechanismen geschaffen, um die Täter vor Gericht zu bringen. Soldaten und Befehlshaber, die rechtswidrige Befehle erteilen oder befolgen, sollten wissen, dass ihr Treiben in die gesamte Welt übertragen wird. Herr Vorsitzender – wir bleiben wachsam, wir dokumentieren, und wir werden nicht vergessen. Der Gerechtigkeit wird Genüge getan werden.

Herr Vorsitzender, wir werden alle uns zu Gebote stehenden Instrumente nutzen, um sicherzustellen, dass Präsident Putin mit seinem bewusst vom Zaun gebrochenen Krieg scheitert. Das Vereinigte Königreich hat weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Am 6. April haben wir bekanntgegeben, dass die Vermögenswerte der größten russischen Bank vollständig eingefroren werden und keinerlei neue britische Auslandsinvestitionen in Russland mehr getätigt werden. Außerdem haben wir angekündigt, den Import von russischer Kohle und russischem Öl bis Ende 2022 vollständig einzustellen. Diese Maßnahmen wurden im Gleichschritt mit unseren weltweiten Verbündeten gesetzt. Gemeinsam setzen wir die schärfsten jemals verhängten Wirtschaftssanktionen um, um der Kriegsmaschinerie der russischen Regierung die finanziellen Mittel zu entziehen.

Herr Vorsitzender, wie der Premierminister am Freitag auf der Geberkonferenz „Stand Up for Ukraine“ sagte: „Präsident Putin hat die schlimmste humanitäre Krise in Europa seit 1945 verschuldet.“ Angesichts dieses Schreckens und aus Solidarität mit der Ukraine hat unser Premierminister am Samstag Kyjiw besucht, um unsere unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine und das ukrainische Volk zu bekräftigen, dessen großer Mut im Angesicht des Unglücks uns alle inspiriert.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Zum zweiten Mal innerhalb von weniger als einer Woche tritt dieser Rat zu einer Sondersitzung in Reaktion auf die schrecklichen Gräueltaten der Russischen Föderation in der Ukraine zusammen – diesmal angesichts des barbarischen russischen Raketenangriffs auf den Bahnhof von Kramatorsk am 8. April, bei dem über 50 unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten getötet und viele weitere verletzt wurden.

Am Morgen des russischen Raketenschlags wimmelte es am Bahnhof von Kramatorsk von Tausenden verstörter ukrainischer Zivilistinnen und Zivilisten, die vor einem möglichen russischen Angriff aus ihren Heimstätten flohen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, versuchen Sie sich bitte diese Szene zu vergegenwärtigen: eine Masse von verängstigten Zivilistinnen und Zivilisten, die im Begriff sind, ihr gesamtes Leben, ihr Zuhause, ihre Heimatstadt hinter sich zu lassen, im verzweifelten Versuch, dem entsetzlichen Schicksal zu entkommen, das ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger in Butscha, Irpin und anderen Städten und Ortschaften in der ganzen Ukraine in den Händen der russischen Invasoren erlitten haben. Hunderte von Familien drängten sich aneinander, angsterfüllt und schutzlos, und warteten auf die Ankunft von Zügen, die sie an einen sichereren Ort bringen sollten.

Dann, gegen 10.30 Uhr an diesem Morgen, ertönte am Bahnhof von Kramatorsk ein grauenvolles Pfeifen, als zwei russische Raketen am Himmel ihre bogenförmige Flugbahn verfolgten und ohne Vorwarnung auf diese dicht gedrängten Menschenmassen niedergingen. Die Raketen gingen genau zu dem Zeitpunkt auf den Bahnhof nieder, als die Behörden die Massentötungen von Zivilistinnen und Zivilisten durch russische Streitkräfte in der Umgebung von Kyjiw dokumentierten. Sie nahmen den Bahnhof genau zu dem Zeitpunkt ins Visier, als die russischen Streitkräfte in Mariupol Leichen in mobile Krematorien luden und Städte in Charkiw, Luhansk und Donezk mit Artillerie beschossen. Einen Augenblick später explodierten die Raketen.

Zunächst übernahm Russland die Verantwortung für diesen Angriff und verkündete stolz seinen „Erfolg“. Doch dies war nur von kurzer Dauer. Als Umfang und Ausmaß des menschlichen Leids öffentlich bekannt wurden, wollte Russland plötzlich doch nicht mehr

verantwortlich sein. Die Vereinigten Staaten gehen davon aus, dass es sich um einen russischen Angriff mit ballistischen Kurzstreckenraketen handelte.

Herr Vorsitzender,

Worte können dem Blutvergießen in Kramatorsk nicht gerecht werden: Heiße Metallstücke zerfetzten die Körper unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten, die dann regungslos auf dem Boden liegen blieben, umgeben von ihren verstreuten Habseligkeiten. In einem Video ist eine Frau zu hören, die schreit: „Da sind so viele Leichen, da sind Kinder, da sind nur Kinder!“

Wenige Minuten nach dem Angriff inspizierten Reporterinnen und Reporter vor Ort die Überreste einer der Raketen. Darauf standen in russischer Sprache die Worte „Für die Kinder“. Nach Angaben der ukrainischen Behörden waren mindestens fünf der Getöteten Kinder. Ein schwer verletztes Kind wurde in das Krankenhaus von Kramatorsk gebracht, wo es nach der Operation starb; die verbrannte Leiche eines anderen Kindes wurde im Wrack eines zerstörten Autos entdeckt. Ein Chirurg des Krankenhauses zählte die Verletzungen der Opfer auf: „Amputationen, abgerissene Gliedmaßen, abgerissene Füße, Bauchwunden und Hirnverletzungen.“

Herr Vorsitzender,

die Angriffe der Russischen Föderation auf die Zivilbevölkerung gehen unvermindert weiter. Die Zivilbevölkerung wird getötet, wenn sie in ihren Häusern bleibt, und sie wird auch getötet, wenn sie versucht zu entkommen. Am Tag vor dem russischen Angriff auf Kramatorsk flogen die russischen Streitkräfte 118 Luftangriffe auf Mariupol, wo die Evakuierung der Zivilbevölkerung mehrfach am russischen Beschuss gescheitert ist. Die russischen Streitkräfte bombardieren und beschießen weiterhin Wohngebiete in Charkiw, dessen Bürgermeister Ihor Terechow berichtet, dass schon 1 440 der 8 000 einstöckigen Häuser in der Stadt zerstört sind. Der Bürgermeister hat erschreckende Beispiele für die barbarische Behandlung von Zivilpersonen durch russische Streitkräfte in kleinen Ortschaften und Dörfern rund um Charkiw beschrieben, darunter Vergewaltigungen und das Abschneiden männlicher Genitalien. Die ukrainischen Behörden berichten, dass in der Region Luhansk keine einzige medizinische Einrichtung – keine einzige! – von den russischen Angriffen verschont geblieben ist.

Herr Vorsitzender,

Präsident Selenskyj hat die besten Worte gefunden, um den Angriff in Kramatorsk zu beschreiben, indem er sagte: „Es ist das grenzenlose Böse. Und wenn es nicht bestraft wird, wird es niemals aufhören.“

Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass Russland für den Raketenangriff auf Kramatorsk, den Tod von Zivilistinnen und Zivilisten in Butscha und die anhaltende Zerstörung von Mariupol und Charkiw zur Rechenschaft gezogen werden wird. Wir haben bereits festgehalten, dass nach unserer Einschätzung Angehörige der russischen Streitkräfte in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen haben. Die Vereinigten Staaten haben sich dem Ziel verschrieben, dass die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich vermute, dass wir vom russischen Vertreter wieder die gewohnten fantasievollen Dementis vernehmen werden, wenn er diese neuerliche Gräueltat zu beschönigen versucht. Bislang hält Russland an der Darstellung fest, dass es die Totschka-U-Rakete, die bei dem Angriff eingesetzt wurde, gar nicht mehr im Einsatz habe. Es existieren jedoch zahlreiche Fotos von Totschka-U-Raketen, die von den russischen – jawohl: den russischen – Streitkräften in der Ukraine stationiert wurden, beschmiert mit ihrem Zeichen der Schande. Wie wir alle wissen, hat sich der russische Vertreter, der mit seinen Lügen in diesem Rat zur brutalen Kriegsführung seines Regimes beiträgt, noch nie von Fakten tangieren lassen. Keine noch so zahlreichen Fakten werden meinen russischen Kollegen davon abhalten, die Schuld anderswo zu suchen – überall außer bei seiner eigenen Regierung.

Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten stellen der Ukraine nicht nur mehr Sicherheitshilfe als jedes andere Land auf der Welt zur Verfügung, um den Ukrainerinnen und Ukrainern dabei zu helfen, sich gegen diesen niederträchtigen Angriff zu verteidigen, sondern unterstützen auch eine Reihe von Mechanismen, in deren Rahmen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollen, darunter die Ermittlungen der nationalen Behörden der Ukraine, internationale Untersuchungsmechanismen und die wichtige Dokumentationsarbeit von Menschenrechtsorganisationen.

Derzeit unterstützen die Vereinigten Staaten auf Ersuchen des Generalstaatsanwalts der Ukraine ein multinationales Team aus internationalen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und anderen Expertinnen und Experten für Kriegsverbrechen, das in die Region entsandt wurde. Die Bemühungen der Fachabteilung für Kriegsverbrechen bei der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine um die Sammlung, Sicherung und Analyse von Beweisen für Gräueltaten, im Hinblick darauf, die Täter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, werden von diesem interdisziplinären Team, dem auch amerikanische Fachleute angehören, unmittelbar unterstützt. Dann gibt es natürlich noch den Moskauer Mechanismus, der hier bei der OSZE von 45 Teilnehmerstaaten aktiviert worden ist, um mögliche Kriegsverbrechen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen infolge des niederträchtigen, von Russland bewusst vom Zaun gebrochenen Kriegs zu untersuchen. Wir sind entschlossen, alle verfügbaren Instrumente auszuschöpfen, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für ihre Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen werden.

Danke, Herr Vorsitzender. Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union verurteilt den Angriff vom Freitag auf den Bahnhof von Kramatorsk, der mehr als fünfzig Todesopfer, darunter fünf Kinder, gefordert hat und bei dem zahllose weitere Personen verletzt worden sind, viele davon lebensgefährlich, auf das Allerschärfste. Wir sind zutiefst schockiert von dieser brutalen und wahllosen Bombardierung unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder, die aus Angst vor einer weiteren russischen Angriffswelle auf ihre Heimstätten und ihr Land auf der Flucht waren. Wir trauern um die Opfer, und unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen und dem ukrainischen Volk.

Die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie jegliche zuständigen Regierungsvertreterinnen und -vertreter und militärischen Führungskräfte müssen und werden zur Rechenschaft gezogen werden. Es wird keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen geben. Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die russischen Streitkräfte für Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts in der Ukraine zur Verantwortung gezogen werden. Insbesondere unterstützen wir die vom Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs eingeleitete Untersuchung wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Arbeit der Untersuchungskommission des Hohen Kommissariats für Menschenrechte. Die Europäische Union unterstützt die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft, und legt dabei den Schwerpunkt auf die Sammlung und Sicherung von Beweisen für Kriegsverbrechen. Wir sehen auch dem bevorstehenden Bericht der Expertenmission nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE erwartungsvoll entgegen und wissen außerdem die Initiative des Büros für demokratische Institutionen (ODIHR) zur Beobachtung der Menschenrechtslage in der Ukraine sehr zu schätzen.

Die internationale Gemeinschaft ist sich in dieser Haltung weitgehend einig. Am vergangenen Donnerstag hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit deutlicher Mehrheit eine Resolution über die Aussetzung der Mitgliedschaftsrechte der Russischen Föderation im Menschenrechtsrat aufgrund des Ausmaßes und der Schwere von Russlands

Verstößen gegen internationale Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht verabschiedet.

Um die Geschehnisse zu beschreiben, drängen sich zwei Begriffe auf: Versagen und Entsetzen – das Versagen der russischen Armee, den Heldenmut des ukrainischen Volkes zu bezwingen, und das Entsetzen über die unterschiedslosen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur, die Tötungen, die willkürlichen Hinrichtungen und die sexuelle Gewalt gegen unschuldige Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder. Die Europäische Union ist erschüttert darüber, dass diese ungeheuerlichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht für die russischen Strategen dieses im Voraus geplanten und durch nichts provozierten Krieges gegen die souveräne und unabhängige Ukraine zur Norm werden. Die Gräueltaten der russischen Streitkräfte in Butscha, Borodjanka, Irpen und anderen Städten und Dörfern, die kürzlich von der ukrainischen Armee von der russischen Besatzung befreit wurden, sowie der brutale Angriff auf den Bahnhof von Kramatorsk sind allesamt Teil der schändlichen Vernichtungstaktik des Kremls, die auf die Auslöschung des ukrainischen Staates abzielt. Der Schmerz Mariupols und anderer belagerter ukrainischer Städte und Ortschaften, die durch russischen Beschuss in Schutt und Asche gelegt wurden, bleibt auf ewig als Schandmal in die Erinnerung eingebrannt.

Offensichtliche Versuche, die Verantwortung Russlands für dieses und andere Verbrechen durch Desinformation und Medienmanipulationen zu vertuschen oder zu beschönigen, sind inakzeptabel. Wir wiederholen, was bereits gesagt wurde: Jeder hier durchschaut diese offenkundigen Lügen. Die beschämend zynischen Versuche einer Rechtfertigung des brutalen und rechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die wir in den russischen staatlichen Medien und seitens der Diplomatinen und Diplomaten in diesem und anderen internationalen Foren erleben, werden von uns kategorisch zurückgewiesen und auf das Schärfste verurteilt.

Wir wiederholen unsere Aufforderung an Russland, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt zu achten. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht. Russland muss auch dringend und bedingungslos sichere Wege bereitstellen, sowohl um Zivilistinnen und Zivilisten in andere Teile der Ukraine zu evakuieren als auch für die Lieferung humanitärer Hilfe. Wir fordern auch den Mitaggressor Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen, indem er den russischen Kräften die Nutzung seines Hoheitsgebiets gestattet, und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Die Europäische Union zollt dem ukrainischen Volk ihre Hochachtung für seine Stärke, seinen Heldenmut und seinen Widerstandsgeist gegenüber der russischen Aggression und steht in unerschütterlicher Solidarität an seiner Seite, wie am Freitag auch durch den Besuch der Präsidentin der Europäischen Kommission von der Leyen und des Hohen Vertreters Borrell in Kyjiw deutlich wurde. Die Europäische Union wird weiterhin koordinierte politische, finanzielle, materielle und humanitäre Unterstützung leisten und die Arbeit an weiteren Sanktionen gegen Russland und Belarus mit Nachdruck vorantreiben. Im Zuge der Kampagne #StandUpForUkraine wurden mehr als 9,1 Milliarden Euro für die Menschen gesammelt, die innerhalb und außerhalb der Ukraine auf der Flucht vor den Bomben sind. Und sobald die Bombardierungen aufgehört haben, werden wir den Menschen

in der Ukraine helfen, ihr Land wieder aufzubauen – eine freie und blühende Ukraine, die Teil der europäischen Familie ist.

Die Welt folgt dem Ruf „Stand Up for Ukraine“. Das ukrainische Volk hält die Fackel der Freiheit für uns alle hoch. Euer Kampf ist unser Kampf.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Ich möchte ihr als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir danken dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates zum Angriff in Kramatorsk am 8. April.

Herr Vorsitzender,

wir verurteilen den russischen Angriff auf den Bahnhof Kramatorsk, in dem Tausende Menschen, vornehmlich Frauen und Kinder, auf Evakuierungszüge warteten, um vor den russischen Besatzungskräften zu fliehen, auf das Schärfste. Bei diesem Anschlag kamen 59 unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben, mehr als hundert wurden verletzt.

Unter Verletzung des humanitären Völkerrechts bombardieren und beschießen die Besatzungskräfte weiterhin direkt, massiv und unterschiedslos zivile Objekte.

Der Angriff auf den Bahnhof von Kramatorsk ist eine Fortsetzung der entsetzlichen Verbrechen, die russische Streitkräfte in Butscha, Borodjanka, Tschernihiw, Mariupol und anderen ukrainischen Städten und Ortschaften verübt haben. Tagtäglich erreichen uns Berichte über vorsätzliche Tötungen, Vergewaltigungen, Folter, unmenschliche Behandlung und andere Menschenrechtsverletzungen, die als Kriegsverbrechen einzustufen sind.

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns den Aufforderungen an Russland an, seine Aggression unverzüglich einzustellen, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs nachzukommen und all seine Streitkräfte und Waffen aus der Ukraine abzuziehen.

Wir scheuen keine Mühen, um gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft sicherzustellen, dass die Verbrechen, die Russland begeht, unter Ausschöpfung aller verfügbaren völkerrechtlichen Mechanismen geahndet werden.

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

es ist sehr schmerzlich, nach einer weiteren humanitären Tragödie in der Ukraine heute hier zusammenzukommen. Wir sind zutiefst betrübt, dass Dutzende von Zivilistinnen und Zivilisten, die auf ihre Evakuierung warteten, durch Raketenangriffe auf den Bahnhof von Kramatorsk ums Leben gekommen sind. Wir teilen den Schmerz der Ukrainerinnen und Ukrainer.

Es kann keine Entschuldigung dafür geben, unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten zum Ziel von Angriffen zu machen. Das ist einfach entsetzlich und darf niemals hingenommen werden. Dieses tragische Ereignis hat erneut gezeigt, wie wichtig und dringlich die Einrichtung humanitärer Korridore ist, um die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Wie es auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen nach diesem Angriff getan hat, erinnern wir alle Parteien an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung. Als Wichtigstes erwarten wir, dass die Verantwortlichen im Zuge einer unabhängigen Untersuchung ausgeforscht und zur Rechenschaft gezogen werden.

Die humanitäre Lage in der Ukraine verschlechtert sich von Tag zu Tag. Schätzungen zufolge sitzen 13 Millionen Menschen in den betroffenen Gebieten fest oder können sie nicht verlassen. 13 Millionen – das ist nicht einfach eine Zahl. Das sind 13 Millionen Menschen. Es sollte alles unternommen werden, um diese gestrandeten Menschen vor Gefahren zu schützen.

Wir betonen erneut, wie wichtig es ist, mit gesundem Menschenverstand vorzugehen und den Dialog aufrechtzuerhalten. Wir wiederholen unsere Aufforderung zur Beendigung dieses verheerenden Krieges durch die sofortige Ausrufung einer Waffenruhe. Es ist dringend notwendig, eine politische Lösung für die fortdauernde humanitäre Tragödie zu finden.

Daher unterstützen wir alle diplomatischen Bemühungen, die darauf abzielen, dieser Tragödie ein Ende zu setzen. Deshalb wiederholen wir unsere Aufforderung zur Fortsetzung der laufenden Verhandlungen. Die konstruktive Dynamik des jüngsten Treffens in Istanbul sollte dringend erhalten bleiben. Unser Land wird den Prozess zur Ermöglichung der

sofortigen Herbeiführung einer Waffenruhe und eines dauerhaften Friedens weiterhin auf jede erdenkliche Art unterstützen.

Die Evakuierungsbemühungen, insbesondere was die Evakuierung aus der Region Mariupol betrifft, müssen beschleunigt werden. Die Türkei versucht selbst, konstruktiv Bemühungen um mögliche humanitäre Evakuierungen aus der Region Mariupol über das Schwarze Meer zu erleichtern und einen Beitrag zu leisten. Wir unterstützen und erleichtern auch weiterhin die von der Türkei aus eingeleiteten Hilfseinsätze der Vereinten Nationen.

Wir werden unsere Bemühungen zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine niemals aufgeben.

Herr Vorsitzender,

wir möchten noch einmal betonen, dass wir den fortgesetzten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ablehnen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Wir bitten höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, im Namen Kanadas in den heutigen Chor derjenigen einzustimmen, die den ruchlosen Angriff Russlands verurteilen. Wir verurteilen die fortgesetzte russische militärische Aggression gegen die Ukraine und die anhaltenden Gräueltaten der russischen Streitkräfte. Nach den Enthüllungen über die grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Handlungen der russischen Streitkräfte in Butscha und anderen kürzlich befreiten Gebieten wurden wir am vergangenen Freitag Zeugen eines weiteren Akts russischer Brutalität, als russische Raketen den Bahnhof von Kramatorsk trafen. Bei diesem Raketenangriff wurden mindestens 57 Menschen, darunter 5 Kinder, getötet und mehr als 100 verletzt, und die Zahl der Opfer wird wahrscheinlich noch steigen. Die Opfer dieses Angriffs waren Zivilistinnen und Zivilisten, vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen, die der russischen Gewalt zu entfliehen versuchten.

Unter dem von Russland unter „Aktuelle Fragen“ eingebrachten Tagesordnungspunkt werden wir Lügen über den Angriff vom Freitag aufgetischt bekommen. Es werden die gleichen Lügen sein, wie wir sie schon während dieses gesamten Kriegs, und auch davor, gehört haben. Wie aus dem Titel hervorgeht, wird die russische Delegation die wahrlich groteske Behauptung aufstellen, die Ukraine habe ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger angegriffen. Es ist bemerkenswert, dass die russische Delegation die Ukraine beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben, während es in Russland nach wie vor gesetzwidrig ist, das Geschehen überhaupt als Krieg zu bezeichnen. Die russische Delegation wird nicht erwähnen, dass die kremlnahen Medien stolz den Erfolg eines russischen Angriffs auf Kramatorsk verkündeten, bevor sie es plötzlich anders darstellten, nachdem sie von der Zahl der zivilen Todesopfer erfahren hatten. Sie wird auch nicht eingestehen, dass kremlnahe Medien umfangreiche Erfahrung mit solchen Kehrtwenden haben. Solche Behauptungen, die dann zurückgezogen werden, kennen wir schon nur zu gut, wobei der tragische Abschluss von Flug MH17 das prominenteste Beispiel mit den meisten Todesopfern darstellt. Russland wird auch behaupten, dass es die Rakete, die Kramatorsk getroffen hat, die Totschka-U, gar nicht in Verwendung habe. Umfangreiche frei zugängliche nachrichtendienstliche Informationen zeigen, dass das nicht stimmt. Bei der Fortsetzung seines ungerechten Kriegs ist sich Russland offenbar nicht bewusst, dass die Augen der Welt auf der Ukraine ruhen und jeder, der ein Smartphone besitzt, zum Augenzeugen wird.

Herr Vorsitzender,

es ist wenig zielführend, in der Propaganda des Kremls irgendeine Logik zu erkennen zu versuchen. Wie wir genau wissen, geht es dabei gar nicht darum, dass der eigenen Version der Wahrheit Glauben geschenkt wird, sondern vielmehr darum, die Menschen dazu zu bringen, dass sie letzten Endes gar keiner Version der Wahrheit mehr Glauben schenken. Nichtsdestoweniger sind die gedanklichen Verrenkungen, deren es für die Behauptung bedarf, dies sei ein ukrainischer Angriff auf die eigene flüchtende Zivilbevölkerung gewesen, ebenso wunderlich wie widerwärtig. Glaubt der Kreml etwa, die Ukraine und ihre Bevölkerung bräuchten noch mehr Gründe zum Widerstand? Sind Mariupol, Charkiw, Butscha, Irpen und Borodjanka nicht Grund genug? Ist der Kreml der Meinung, die Welt brauche noch mehr Gründe?

Und so wird man uns erzählen, der „erfolgreiche russische Angriff“ sei nun doch plötzlich ein ukrainischer Angriff auf die eigene Bevölkerung gewesen, und die russische Delegation wird sich erdreisten, ihn als ukrainisches Kriegsverbrechen zu bezeichnen. Die Lügen Russlands sind eine Beleidigung. Sie sind eine Beleidigung für uns alle hier in diesem Saal, die sie sich anhören müssen, doch, viel wichtiger noch, eine Verhöhnung des Andenkens der Menschen, die durch die Hand des russischen Militärs ums Leben gekommen sind.

Wir fordern Russland auf, seine verbrecherischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu beenden und seine Streitkräfte unverzüglich aus der Ukraine abzuziehen.

Ich danke Ihnen und ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

wie andere Länder verurteilt auch Norwegen den Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk am 8. April, bei dem mehr als fünfzig Menschen ums Leben kamen und zahlreiche weitere verletzt wurden, viele von ihnen lebensgefährlich, auf das Allerschärfste.

Wir sprechen den Angehörigen und Freunden der Opfer unser tief empfundenes Beileid aus und sind mit dem ukrainischen Volk und unseren ukrainischen Kolleginnen und Kollegen in der OSZE in Trauer verbunden.

Dieser Angriff auf eine große Ansammlung von Zivilistinnen und Zivilisten in einem dicht besiedelten städtischen Gebiet ist ein weiterer Beweis für die eklatante Geringschätzung des Lebens von Zivilpersonen, die inzwischen leider zu einem durchgängigen Charakteristikum dieser militärischen Aggression geworden ist.

Es war dies nichts anderes als ein brutaler, wahlloser Angriff auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, darunter auch Kinder, die vor dem russischen Angriff auf ihre Heimstätten und ihr Land in die relative Sicherheit weiter westlich in der Ukraine fliehen wollten.

Diese Gräueltat muss gründlich untersucht werden. Ich wiederhole, dass diejenigen, die für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und schwere Verletzungen internationaler Menschenrechtsnormen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Wenn es sich um einen vorsätzlichen und gezielten Angriff auf Zivilpersonen gehandelt hat, ist dies möglicherweise tatsächlich ein Kriegsverbrechen. Es darf keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen geben.

Ich fordere die Russische Föderation erneut auf, ihren Angriff auf die Ukraine einzustellen. Letztendlich kann es nur eine diplomatische Lösung geben. Der Krieg muss ein Ende nehmen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, und ich möchte in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Was sind Kriegsverbrechen?

Nach den Genfer Konventionen von 1949 sind Kriegsverbrechen Verbrechen an:

- Verwundeten und Kranken
- Sanitäts- und Seelsorgepersonal, Sanitätseinheiten und Sanitätstransportmitteln
- Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See (an Bord von Lazarettschiffen, Küstenrettungsfahrzeugen, Sanitätsluftfahrzeugen und anderen Sanitätstransportmitteln zu Wasser) sowie Seelsorge-, Sanitäts- und Lazarettpersonal, das seine Aufgaben im Rahmen der Marine wahrnimmt
- Kriegsgefangenen
- Zivilpersonen

Bei diesen Verbrechen handelt es sich um die folgenden, wie später in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998 zusammengefasst:

1. vorsätzliche Tötung
2. Folter oder unmenschliche Behandlung einschließlich biologischer Versuche
3. vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der Gesundheit

4. Zerstörung und Aneignung von Eigentum in großem Ausmaß, die durch militärische Erfordernisse nicht gerechtfertigt sind und rechtswidrig und willkürlich vorgenommen werden
5. Nötigung eines Kriegsgefangenen oder einer anderen geschützten Person zur Dienstleistung in den Streitkräften einer feindlichen Macht
6. vorsätzlicher Entzug des Rechts eines Kriegsgefangenen oder einer anderen geschützten Person auf ein unparteiisches ordentliches Gerichtsverfahren
7. rechtswidrige Vertreibung oder Überführung oder rechtswidrige Gefangenhaltung
8. Geiselnahme

Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b des Römischen Statuts dehnt die Definition von Kriegsverbrechen weiter aus. Da der IStGH bereits seine Zuständigkeit für einen Fall festgestellt hat, der ihm im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine unterbreitet worden war, erübrigt sich mittlerweile jede Diskussion über die gerichtliche Zuständigkeit. Die Liste der in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b des Römischen Statuts angeführten Kriegsverbrechen umfasst 26 Punkte – ich zitiere:

1. vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung als solche oder auf einzelne Zivilpersonen, die an den Feindseligkeiten nicht unmittelbar teilnehmen
2. vorsätzliche Angriffe auf zivile Objekte, das heißt auf Objekte, die nicht militärische Ziele sind
3. vorsätzliche Angriffe auf Personal, Einrichtungen, Material, Einheiten oder Fahrzeuge, die an einer humanitären Hilfsmission oder friedenserhaltenden Mission in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beteiligt sind, solange sie Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen oder zivilen Objekten nach dem internationalen Recht des bewaffneten Konflikts gewährt wird
4. vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder weitreichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen
5. der Angriff auf unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, die nicht militärische Ziele sind, oder deren Beschießung, gleichviel mit welchen Mitteln
6. die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Kombattanten, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat
7. der Missbrauch der Parlamentärflagge, der Flagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes oder der Vereinten Nationen sowie der Schutzzeichen der Genfer Abkommen, wodurch Tod oder schwere Verletzungen verursacht werden

8. die unmittelbare oder mittelbare Überführung durch die Besatzungsmacht eines Teiles ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet oder die Vertreibung oder Überführung der Gesamtheit oder eines Teiles der Bevölkerung des besetzten Gebiets innerhalb desselben oder aus diesem Gebiet
9. vorsätzliche Angriffe auf Gebäude, die dem Gottesdienst, der Erziehung, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, auf geschichtliche Denkmäler, Krankenhäuser und Sammelplätze für Kranke und Verwundete, sofern es nicht militärische Ziele sind
10. die körperliche Verstümmelung von Personen, die sich in der Gewalt einer gegnerischen Partei befinden, oder die Vornahme medizinischer oder wissenschaftlicher Versuche jeder Art an diesen Personen, die nicht durch deren ärztliche, zahnärztliche oder Krankenhausbehandlung gerechtfertigt sind oder in ihrem Interesse durchgeführt werden und die zu ihrem Tod führen oder ihre Gesundheit ernsthaft gefährden
11. die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres
12. die Erklärung, dass kein Pardon gegeben wird
13. die Zerstörung oder Beschlagnahme feindlichen Eigentums, sofern diese nicht durch die Erfordernisse des Krieges zwingend geboten ist
14. die Erklärung, dass Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei aufgehoben, zeitweilig ausgesetzt oder vor Gericht nicht einklagbar sind
15. der Zwang gegen Angehörige der Gegenpartei, an den Kriegshandlungen gegen ihr eigenes Land teilzunehmen, selbst wenn sie bereits vor Ausbruch des Krieges im Dienst des Kriegführenden standen
16. die Plünderung einer Stadt oder Ansiedlung, selbst wenn sie im Sturm genommen wurde
17. die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen
18. die Verwendung erstickender, giftiger oder gleichartiger Gase sowie aller ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffe oder Vorrichtungen
19. die Verwendung von Geschossen, die sich im Körper des Menschen leicht ausdehnen oder flachdrücken, beispielsweise Geschosse mit einem harten Mantel, der den Kern nicht ganz umschließt oder mit Einschnitten versehen ist
20. die Verwendung von Waffen, Geschossen, Stoffen und Methoden der Kriegführung, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen, oder die unter Verstoß gegen das internationale Recht des bewaffneten Konflikts ihrer Natur nach unterschiedslos wirken, vorausgesetzt, dass diese Waffen, Geschosse, Stoffe und Methoden der Kriegführung Gegenstand eines umfassenden Verbots und aufgrund einer Änderung

entsprechend den einschlägigen Bestimmungen in den Artikeln 121 und 123 in einer Anlage dieses Statuts enthalten sind

21. die Beeinträchtigung der persönlichen Würde, insbesondere eine entwürdigende und erniedrigende Behandlung
22. Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe f, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt, die ebenfalls eine schwere Verletzung der Genfer Abkommen darstellt
23. die Benutzung der Anwesenheit einer Zivilperson oder einer anderen geschützten Person, um Kampfhandlungen von gewissen Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten
24. vorsätzliche Angriffe auf Gebäude, Material, Sanitätseinheiten, Sanitätstransportmittel und Personal, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht mit den Schutzzeichen der Genfer Abkommen versehen sind
25. das vorsätzliche Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach den Genfer Abkommen vorgesehen sind
26. die Zwangsverpflichtung oder Eingliederung von Kindern unter fünfzehn Jahren in die nationalen Streitkräfte oder ihre Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten

Bereits vor einer Woche hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erklärt, es gebe kein einziges Kriegsverbrechen, das Russland in der Ukraine nicht begangen hätte.

Die Generalstaatsanwältin der Ukraine, Iryna Wenediktowa, hat bereits bekanntgegeben, dass allein seit dem 24. Februar 2022 mehr als fünftausend Kriegsverbrechen von russischen Streitkräften in der Ukraine begangen worden sind.

Sind die Russinnen und Russen stolz darauf? Das kommt darauf an. In den russischen Medien sehen wir: Ja, das sind sie. In den ausländischen Medien und Foren, einschließlich der OSZE, sind sie es hingegen offenbar nicht, da sie ja stets alles zu leugnen versuchen, wie es auch heute wieder der Fall sein wird.

Doch wir sehen alle, was Sache ist.

Der IStGH hat seine Untersuchung nach Unterbreitungen durch 39 Staaten (von denen 33 OSZE-Teilnehmerstaaten sind) eingeleitet.

Ebenso haben 42 Staaten die Frage der von Russland in der Ukraine begangenen Verletzungen des Völkerrechts dem Internationalen Gerichtshof (IGH) unterbreitet.

Es wird Jahre dauern, bis alle russischen Kriegsverbrecherinnen und -verbrecher für sämtliche in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen verurteilt sind.

Doch wir werden uns in Geduld üben, und wir werden dafür sorgen, dass niemand seiner Strafe entgeht. Diesmal nicht.

Was wir jedoch sehr wohl mit Ungeduld erwarten, ist der Beginn dieser Prozesse – und vor allem das Ende dieses Krieges und der Leiden des ukrainischen Volkes.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

1368. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1368, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich möchte mich an diejenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Erörterung wenden, die besonders laut und deutlich Russland für den Beschuss des Platzes vor dem Bahnhof in Kramatorsk verantwortlich gemacht haben. Welche Argumente, welche Fakten, außer pauschalen Erklärungen nach dem Motto „es ist höchstwahrscheinlich“ oder Behauptungen, dass es „für die Welt offensichtlich ist, wer es getan hat“, können Sie vorlegen? Die Antwort darauf wurde im Laufe der heutigen Sondersitzung deutlich: Sie haben einfach keine glaubwürdigen Fakten oder Beweise. Sie haben keine Vorstellung von der wirklichen Lage vor Ort und verbreiten schamlose Lügen. Sie treffen Schuldzuweisungen für politische Zwecke. Sie ignorieren offensichtliche Beweise, die auf die ukrainische Beteiligung an dem Beschuss hindeuten. Weil Sie an der Wahrheit nicht interessiert und nur von einem Ziel getrieben sind: Russland zu verleumden.

Zunächst machen wir auf die Tatsache aufmerksam, dass der polnische Vorsitz einmal mehr eine Sondersitzung des Ständigen Rates mit einer offen konfrontativen Formulierung des wichtigsten Tagesordnungspunkts einberuft, die allein den Standpunkt der Ukraine und ihrer westlichen Förderer widerspiegelt. Wir haben eine neutralere Formulierung der Frage vorgeschlagen, eine, zu der sich alle äußern könnten. Wir halten dieses Vorgehen des Vorsitzes für absolut inakzeptabel. Es lässt an seinem Wunsch, als „ehrlicher Vermittler“ tätig zu sein, zweifeln.

Nun zu den Fakten über die Lage. Am 8. April 2022 schlug ein großkalibriges Geschoss vor dem Bahnhof der Stadt Kramatorsk in der Volksrepublik Donezk, die derzeit von bewaffneten ukrainischen Formationen kontrolliert wird, ein. Es gab Dutzende Tote und Verletzte.

Sofort nach dem Vorfall behaupteten Oleksij Arestowytsch, Berater des Leiters des Büros des Präsidenten der Ukraine, und Pawlo Kyrylenko, Leiter der sogenannten zivil-militärischen Regionalverwaltung von Donezk, dass der Angriff mit einem russischen taktischen ballistischen „Iskander“-Raketensystem durchgeführt worden sei. Trümmer der Rakete, die für den Angriff auf Kramatorsk eingesetzt wurde, lagen jedoch auf dem Boden, und zahlreiche Zeugen machten davon Fotos und Videos. Das von ihnen veröffentlichte

Material zeigt eindeutig, dass es sich um eine Totschka-U-Rakete handelte. Diese Geschosse werden ausschließlich von den ukrainischen Streitkräften eingesetzt.

Nachdem die Aufnahmen der Zeugen aufgetaucht waren, räumte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ein, dass der Angriff doch mit einer taktischen Totschka-U-Rakete ausgeführt worden sei. Er machte jedoch weiterhin das russische Militär für den Beschuss verantwortlich und verbreitete damit bewusst Desinformation.

Es sei erwähnt, dass zur besseren „Anschaulichkeit“ der hintere Teil der Rakete vor ihrem Abschuss auf Russisch mit den Wörtern „Für die Kinder“ beschriftet wurde. Dies gab der ukrainischen Propaganda den Vorwand, hinauszutrompeten, dass, wenn die Aufschrift russisch sei, russische Truppen für den Beschuss verantwortlich sein müssten. Diese These wurde von einer Reihe westlicher Medien – die sich zunehmend darauf verlegen, Fakes der ukrainischen Propaganda zu veröffentlichen statt echten Journalismus und Analysen – übrigens eifrig aufgegriffen.

Und nun zu den wahren Fakten. Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge haben die russischen Streitkräfte am 8. April 2022 keine Einsätze mit Waffenwirkung durchgeführt oder geplant. Taktische Totschka-U-Raketen, deren Trümmer in der Nähe des Kramatorsker Bahnhofs gefunden wurden, werden von den russischen Streitkräften schon seit langem nicht mehr eingesetzt.

Eine Analyse des vom Gefechtskopf der Totschka-U-Rakete beschädigten Areals und die Lage des hinteren Teils der Rakete bestätigen eindeutig, dass diese von einem Gebiet südwestlich von Kramatorsk aus abgefeuert wurde. Verlässlichen Informationen zufolge befand sich zum Zeitpunkt des Angriffs eine der Divisionen der 19. Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Dobropillja, einer Stadt 45 Kilometer südwestlich von Kramatorsk. Dieses Gebiet der Volksrepublik Donezk wird immer noch vollständig von einem ukrainischen Truppenteil kontrolliert.

In dem Versuch, ihrer Version des Beschusses von Kramatorsk eine internationale Dimension zu verleihen, erteilten die ukrainischen Behörden die Anweisung, ausländischen Journalistinnen und Journalisten Zugang zum Schauplatz zu gewähren. Doch sie hatten sich schwer verkalkuliert: Eine Reportage in den Abendnachrichten („TG“) des italienischen Fernsehsenders *La7* vom 8. April 2022 zeigte die Seriennummer des Projektils.¹ Journalisten war es gelungen, es auf Film aufzunehmen, indem sie die Absperrung um die Raketen-trümmer herum überquerten. Es trägt die Nummer Sh91579, was eindeutig bestätigt, dass das Geschoss den ukrainischen Streitkräften gehört. Darüber hinaus wurden Geschosse derselben Charge – zum Beispiel Sh91565 und Sh91566 – bereits beim Beschuss der Stadt Altschewsk in der Volksrepublik Luhansk (2. Februar 2015) und des Dorfes Lochwynowe in der Volksrepublik Donezk (13. Februar 2015) gesichtet. Fotos der hinteren Teile dieser Geschosse, die vom ukrainischen Militär zur Bombardierung des Gebiets der Volksrepubliken Donezk und Luhansk eingesetzt wurden, sind öffentlich zugänglich.

Am 14. März 2022, traf eine ähnliche Totschka-U-Rakete, die von einer Division einer einzelnen Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte abgefeuert worden war, das

1 <https://tg.la7.it/esteri/guerra-ucraina-ecco-il-missile-che-ha-colpito-la-stazione-di-kramatosrk-08-04-2022-170588>.

Zentrum von Donezk, tötete 20 der dort anwesenden Personen und verletzte 28 weitere Zivilistinnen und Zivilisten, darunter Kinder. Übrigens reagierten darauf weder die OSZE-Führung noch die westlichen Länder in irgendeiner Weise, nicht einmal mit einem Ausdruck des Bedauerns über den Verlust von zivilen Menschenleben.

Die erwähnten Fakten beweisen, dass ukrainische bewaffnete Formationen am 8. April einmal mehr einen gezielten Angriff auf Zivilistinnen und Zivilisten durchgeführt haben. Das Ziel ist klar, nämlich die Bevölkerung daran zu hindern, Kramatorsk zu verlassen, um sie weiterhin als menschlichen Schutzschild einzusetzen, wie in Mariupol. Wurde dies dem ukrainischen Militär von den NATO-Ausbildern bei ihren zahlreichen gemeinsamen Übungen beigebracht? Es sei an daran erinnert, in wie großem Umfang taktische Übungen zu Militäreinsätzen in städtischen Gebieten in das Übungsprogramm aufgenommen wurden – worauf wir letztes Jahr wiederholt in unseren Erklärungen im Ständigen Rat hingewiesen haben.

Die Ereignisse in Kramatorsk vom 8. April stellen eindeutig ein Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung durch die sogenannten ukrainischen „Verteidigerinnen und Verteidiger“ des Donbass dar, die nicht vor blutigen Provokationen zurückschrecken. Gleichzeitig erleben wir plumpe Versuche, die russischen Streitkräfte, die ihre Aufgaben in der Zone der militärischen Spezialoperation verantwortungsvoll ausführen, zu verleumden und anzuschwärzen. Zu diesen Provokationen gehörten auch die Sprengung von Chemikaliertanks durch das ukrainische Militär in Rubischne am 5. und 9. April 2022, die Entdeckung vermeintlicher „Massengräber“ in Butscha, Borodjanka, Irpin und Busowa und viele andere abscheuliche vom Regime in Kyjiw inszenierte Akte.

Darüber hinaus möchten wir Sie in Kenntnis setzen, dass die russische Untersuchungskommission Strafverfahren betreffend die zahlreichen zivilen Opfer im Zuge des Raketenangriffs auf Kramatorsk durch die ukrainischen bewaffneten Formationen eingeleitet hat. Russland wird alles in seiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für dieses furchtbare Verbrechen schwer bestraft werden.

Vor diesem Hintergrund setzen die NATO-Länder ihre Transfers tödlicher Waffen in die Ukraine fort, die unverantwortlichen ukrainischen bewaffneten Formationen in die Hände fallen. Gleichzeitig verschleiert die ukrainische Führung offensichtlich die Kriegsverbrechen, die sie begeht.

Da drängt sich die Frage auf: Was erwarten die Länder, die der Ukraine Waffen liefern, und was sind ihre Absichten? Wie viele Zivilpersonen auf ukrainischen Bahnhöfen und in ukrainischen Städten müssen infolge des provozierenden Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte und paramilitärischen Nationalisten noch sterben, bis der Westen begreift, gegen wen die ukrainischen bewaffneten Formationen wirklich Krieg führen? Und sind sich die NATO-Länder ihres Teils der Verantwortung dafür bewusst, dass weiter Ukrainerinnen und Ukrainer getötet werden?

Unter den gegebenen Umständen ist es eindeutig, dass das Leben von Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine der Führung der Länder, die Waffen dorthin liefern, nichts bedeutet. Es ist kein Zufall, dass der britische Premierminister Boris Johnson und der Hohe Vertreter der Europäischen Union Josep Borrell, die jüngst die Ukraine besuchten, und auch der Pressesprecher des Pentagon John Kirby aus Washington, eine militärische Lösung der

Situation in der Ukraine befürworten. Wir erleben, wie die ausländischen Hintermänner der derzeitigen ukrainischen Regierung weiterhin hartnäckig ihre Schützlinge davon abhalten, einen politischen und diplomatischen Weg einzuschlagen. Wir stellen auch fest, dass die ukrainische Führung nach diesen „ermutigenden“ Signalen aus den westlichen Hauptstädten abrupt ihre Rhetorik ändert und erneut auf Militarismus setzt.

Wir werden uns heute einer Bewertung dieses Vorgehens enthalten. So viel sei jedoch gesagt: Dieser Weg ist für die Ukraine, die der Westen so hartnäckig versucht zu einem Instrument im Kampf gegen Russland zu machen, verhängnisvoll.

Wir betonen, dass die russische militärische Spezialoperation in der Ukraine dem Langzeitkonflikt im Donbass, wo es der OSZE nicht gelungen ist, eine politische Beilegung zu erleichtern, ein Ende setzen soll. Die Hauptziele der Spezialoperation – die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine – werden erreicht werden.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.